

Es gilt das gesprochene Wort

TOP 7 – Vorratsdatenspeicherung von Telefon- und Internetverbindungen

Dazu sagt die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen,

Anne Lütkes:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 040.06 / 25.01.06

Keine europaweite Vorrats-Schnüffelei!

Es kommt nicht so häufig vor, dass sich Bürgerrechtsinteressen und Wirtschaftsinteressen in einer aktuellen politischen Frage treffen. Bei der Diskussion um den Beschluss der Europaparlaments zur Speicherung von Telekommunikations-Verbindungsdaten ist das der Fall.

Worum geht es?

In Zukunft sollen die Kommunikationsdaten von über 400 Millionen EU-BürgerInnen langfristig gespeichert werden. Der Vorstandsvorsitzende des Verbands der deutschen Internetwirtschaft hat zum Verhalten der Großen Koalition in Deutschland gesagt: „Mit der Begründung, Terroristen zu jagen, speichert man jetzt nutzlose Daten auf Kosten der Industrie.“

Auch der Dachverband der europäischen Internetwirtschaft führt an, dass durch diese Maßnahme der globale Wettbewerb völlig verzerrt werde. Diese Maßnahmen belasten die gesamte europäische Internetwirtschaft in hohem Maß. Solche Regelungen wären in den USA, wo es bekanntermaßen die meisten Internetprovider gibt, wohl nicht möglich. Und wir wissen, dass man den USA ganz gewiss keine Zögerlichkeit oder übertriebene Rücksichtnahme bei der Terrorismusbekämpfung nachsagen kann.

Bei den Überwachungsplänen in Brüssel geht es prinzipiell um die Speicherung der Verbindungs- und Standortdaten, die bei der Abwicklung von Diensten wie Telefonieren, SMS, E-Mail oder Surfen anfallen. Mit Hilfe der Datenberge sollen Profile vom Kommunikationsverhalten und von den Bewegungen Verdächtiger erstellt werden.

1/2

Die Auseinandersetzung über die Einführung von Mindestspeicherpflichten von Telekommunikationsdaten zog sich über viele Jahre hinweg. Zahlreiche nationale Parlamente, wie der Bundestag, lehnten die Vorratsdatenspeicherung immer wieder kategorisch ab. Zum Schluss ging es dann doch sehr schnell.

Das Gesetzgebungsverfahren könnte als das schnellste aller Zeiten in die EU-Geschichte eingehen, da zwischen der Vorstellung des Richtlinienentwurfs und der entscheidenden Lesung nur drei Monate lagen. Eine ernsthafte Debatte über die pauschale Überwachung fand nicht statt.

Die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder, Verbraucherschützer und engagierte Verbände wie die Humanistische Union, Privacy International oder die European Digital Rights Initiative haben bis zur letzten Minute gegen die Richtlinie gekämpft.

Die langfristige Speicherung von Telekommunikations-Verkehrsdaten ist nur ein Beispiel für die allgemein zu beobachtende Weichenstellung für mehr Überwachung. Mit dem pauschalen Hinweis auf Terrorbekämpfung werden unverdächtige Menschen in verschiedensten Lebensbereichen gescannt und überwacht. Was besonders bedenklich stimmt ist die Pauschalität. Wir verletzen damit einen der obersten Verfassungsgrundsätze der Bundesrepublik Deutschland: Das Verhältnismäßigkeitsprinzip.

Aus der Beachtung dieses Prinzips heraus muss jede freiheitseinschränkende Maßnahme - und das ist auch die Überwachung - einer gründlichen Erforderlichkeitsprüfung unterzogen werden. Das heißt, es muss genau dargelegt und diskutiert werden, warum diese Maßnahme notwendig ist und andere, weniger scharfe nicht ausreichen. Das geschieht seit 2001 aber immer weniger. Eine fatale Tendenz. Der Datenschutzbeauftragte des Landes, Thilo Weichert bringt die Lage mit seiner Warnung auf den Punkt: 2006 darf nicht zum Jahr der Vorratsdatenspeicherung werden!!

Der Bundestag hat sich in seiner alten Zusammensetzung gegen die Vorratsdatenspeicherung in der Form ausgesprochen, wie sie jetzt in Straßburg beschlossen wurde. An diesen Beschluss hat sich bis zu einer neuen Beschlussfassung auch die Bundesregierung zu halten. Sonst können wir alle weiteren Diskussionen um ein Frühwarnsystem und die stärkere Beteiligung der Landesparlamente gleich sein lassen. Symbolische Demokratie hat keinen Wert. Wir stimmen dem Antrag der FDP daher zu.
